

Deutschland muss die Beteiligung von HeidelbergCement an israelischen Kriegsverbrechen beenden

Adri Nieuwhof, electronicintifada.net, 14.02.20

Die deutsche Firma HeidelbergCement leistet Beihilfe zu israelischen Kriegsverbrechen gegen Palästinenser.

Anstatt dies zu stoppen, sendet die deutsche Regierung Signale aus, dass sie Kriegsverbrechen gegen Palästinenser unterstützt: Berlin teilt dem Internationalen Strafgerichtshof mit, dass es keine Zuständigkeit für die Untersuchung israelischer Übergriffe im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen hätte.

Wenn das Argument Deutschlands erfolgreich wäre, dass der Internationale Strafgerichtshof nicht zuständig ist, die israelischen Kriegsverbrechen zu untersuchen, würde dies eine klare Botschaft an Israel aussenden, dass Berlin die andauernden israelischen Kriegsverbrechen gegen PalästinenserInnen voll unterstützt

HeidelbergCement plündert illegal natürliche Ressourcen, die den PalästinenserInnen im besetzten Westjordanland gehören. Das Material wird dann von Israel zum Siedlungsbau auf besetztem palästinensischen Land benutzt, was wiederum ein Kriegsverbrechen darstellt. In al-Zawiya und Rafat leidet die palästinensische Bevölkerung unter der Verschmutzung, die durch das Zerkleinern von Kies im Steinbruch Nahal Raba entsteht, der völkerrechtswidrig von HeidelbergCement betrieben wird. Der Steinbruch befindet sich auf dem Land, bzw. es ist geplant ihn auf das Land dieser Dörfer auszudehnen.

Die Verletzungen der palästinensischen Rechte durch das Unternehmen werden in einem neuen Bericht der palästinensischen Menschenrechtsorganisation *Al-Haq* und *SOMO**, *The Centre for Research on Multinational Corporations* [Zentrum zur Untersuchung multinationaler Unternehmen] in den Niederlanden, dokumentiert.

HeidelbergCement „sollte unverzüglich und verantwortlich alle seine Aktivitäten auf angeeignetem palästinensischen Land und in illegalen israelischen Siedlungen einstellen“, sagte die Sprecherin von *Al-Haq*, Maha Abdallah und fügte hinzu, dass das Unternehmen Reparationen an die von dem Steinbruch betroffenen Palästinenser leisten sollte.

Die Plünderung palästinensischer Ressourcen

2007 übernahm HeidelbergCement den Steinbruch, als es die britische Firma Hanson, sowie deren israelische Tochtergesellschaft *Hanson Israel* erwarb. Der Steinbruch befindet sich auf dem Land des palästinensischen Dorfes al-Zawiya. Er wurde Anfang der 1980er Jahre von den israelischen Besatzungstruppen beschlagnahmt. Die Bewohner hatten das Land zur Landwirtschaft und Viehzucht genutzt. Heute werden auf der Baustelle täglich ca. 4.000 Tonnen Kies produziert, der zur Herstellung von Beton und Asphalt verwendet wird. Da die Erschöpfung des Steinbruchs absehbar ist, beantragte das Unternehmen die Genehmigung für eine Erweiterung. Letztes Jahr berichtete *The Electronic Intifada*, unter Bezugnahme auf ein Schreiben der Zivilverwaltung, des bürokratischen Arms der militäri-

schen Besetzung Israels, dass Israel die Baugenehmigung für die Erweiterung von Nahal Raba um weitere 25 Hektar erteilt hat. Die Ausweitung umfasst auch das dem palästinensischen Dorf Rafat gestohlene Land. HeidelbergCement erklärte gegenüber den Recherchierenden, dass es eine endgültige Entscheidung der israelischen Besatzungsbehörden über die Erweiterung abwarte.

Letztes Jahr im Mai, gab das Unternehmen seine Entscheidung zum Verkauf des Nahal-Raba-Steinbruchs bekannt, und Ende des Jahres hatte ein „Entsorgungsprozess“ begonnen. Es erklärte, dass die Genehmigung „eine Voraussetzung“ für den Verkauf sei. Vor 10 Jahren gab es Berichte, dass HeidelbergCement versuche, den Nahal-Raba-Steinbruch zu verkaufen, doch der Verkauf war offensichtlich gescheitert.

Es stellt sich daher die Frage, ob HeidelbergCement einen möglichen Verkauf als Mittel zur Ablenkung von Kritik nutze, während es weiterhin von der Besetzung und illegalen Kolonisation Israels profitierte. Eine andere Möglichkeit ist die, dass kein Unternehmen ein Interesse daran hat, das schmutzige Geschäft zu kaufen. Doch selbst wenn der Steinbruch verkauft wird, wäre das Unternehmen noch immer dazu verpflichtet, die PalästinenserInnen für die von ihm verursachten Schäden zu entschädigen, betont der Bericht.

Komplizenschaft bei Gesetzesverstößen

Der illegale Steinbruch von HeidelbergCement im besetzten Westjordanland ist mit schweren Verstößen gegen das Völkerrecht einhergegangen. Es untergräbt das international anerkannte Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, das die dauerhafte Souveränität über die natürlichen Ressourcen einschließt.

Das Unternehmen weigert sich jedoch, die Verantwortung für seine Rolle bei den Verletzungen des internationalen Rechts durch Israel zu übernehmen. Es bestreitet einfach, dass der Nahal-Raba-Steinbruch auf beschlagnahmtem palästinensischen Land liegt und versteckt sich hinter israelischen Lizenzen unter Berufung eines israelischen Urteils des Obersten Gerichtshofs von 2011. Doch dieses Urteil „legalisierte“ die Plünderung der palästinensischen Ressourcen nach israelischem Recht. Es ändert jedoch nichts an der völkerrechtlichen Position, in der Plünderung und Ausbeutung besetzter Gebiete nach wie vor schwere Verbrechen sind.

Außerdem werden die Lizenzgebühren und Tantiemen für das abgebaute Produkt, an den israelischen Staat gezahlt. Nach internationalem Recht sollten die Gelder aber den PalästinenserInnen und nicht der Besatzungsmacht zugute kommen. Obwohl zahlreiche UN-Resolutionen und das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs von 2004 die israelischen Siedlungen für illegal erklärt haben, wurde der gestohlene Kies von HeidelbergCement für den Siedlungsbau verwendet.

Deutsche Verantwortung

Al-Haq und *SOMO* fordern Deutschland auf, sicherzustellen, dass HeidelbergCement seine Beteiligung an illegalen Aktivitäten und Rechtsverletzungen beendet. Ich unterstütze diese Aufforderung mit Nachdruck.

Dieses Jahr feiern die Niederlande 75 Jahre seit der Befreiung von der deutschen Besetzung. Die Nazis haben in meinem Land schreckliche Verbrechen begangen, die schwer zu fassen sind. Sie deportierten etwa 100.000 niederländische Juden in die Tötungszentren und Konzentrationslager der deutschen Regierung. Sie plünderten das Land gründlich aus und stahlen Unmengen von Metallgegenständen, die in der Kriegsindustrie verwendet werden sollten. Milchkannen von Bauern, Industriemaschinen und sogar mittelalterliche Kirchenglocken wurden auf nimmer Wiedersehen eingeschmolzen.

Mein Vater und Schwiegervater wurden zur Zwangsarbeit für die Nazis gezwungen, da in Deutschland Arbeitskräfte fehlten. Als Vergeltung für einen holländischen Eisenbahnstreik richteten die Besatzer eine Blockade der Niederlande ein und verursachten eine Hungersnot, die Millionen Menschen Leid zufügte und schätzungsweise 20.000 Menschen das Leben kostete. Meine Mutter erlebte 1944-45 den „Hungerwinter“, sie musste stundenlang in der Kälte Schlange stehen, um Essen aus der Suppenküche zu holen. Solche Erzählungen haben einen starken Einfluss auf mich ausgeübt.

Deutschland unterstützt Straflosigkeit für Israel

Letzten Monat hörte ich während der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der sowjetischen Befreiung von Auschwitz, wie viele Vertreter Deutschlands die Vergangenheit anerkennen und ihr Engagement für „nie wieder“ zum Ausdruck brachten. Deutschland sollte diesen Worten gerecht werden. Doch stattdessen scheint es so, als ob die grundlegende Lektion, dass die Rechte aller Menschen respektiert und geschützt werden müssen, nicht gelernt worden ist.

Fatou Bensouda, Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs [ICC] kündigte im Dezember an, dass sie eine Untersuchung zu Kriegsverbrechen, einschließlich des israelischen Siedlungsbaus, im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen einleiten werde. Bensouda erklärte jedoch, dass sich die Untersuchung verzögern werde, bis eine Entscheidung der ICC-Richter über den Umfang der Zuständigkeit des Gerichts vorliegt. Jetzt kommt die Nachricht, dass sich Deutschland in den ICC-Fall einmischt, um Israel zu unterstützen, das behauptet, dass das Gericht nicht zuständig sei.

Wenn das Argument Deutschlands erfolgreich wäre, würde dies eine klare Botschaft an Israel aussenden, dass Berlin die andauernden israelischen Kriegsverbrechen gegen PalästinenserInnen voll unterstützt.

Es ist zutiefst beunruhigend, dass Deutschland, der Staat, der mein Land von 1940-45 besetzt hielt, jetzt die israelische Besatzung eines anderen Volkes unterstützt und davon profitiert. Straffreiheit für Kriegsverbrechen darf es nicht geben.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

* German cement giant involved in serious violations against Palestinians

<https://www.somo.nl/german-cement-giant-involved-in-serious-violations-against-palestinians/>

Violations Set in Stone: HeidelbergCement in the Occupied Palestinian Territory

http://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2020/02/04/final-report-violationsetinstone-en-1580802889.pdf

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/adri-nieuwhof/germany-must-end-heidelbergcement-role-israeli-war-crimes>